Region der Zukunft
Landkreis Darmstadt-Dieburg

Fraktionsvorlage

Vorlage-Nr.: **1937-2018/DaDi**
Aktenzeichen: 031-030

Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Deistler, Martin

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

Nr.	*Gremium*	*Status*	*Zuständigkeit*
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019 – Keine Teilnahme des Landkreises Darmstadt Dieburg an der Kassenkreditentschuldung Hessenkasse. Revidierung des Beschlusses 1381/2018 – Antrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag des Landkreises Darmstadt Dieburg beschließt – entgegen der Beschlussfassung 1381-2018/Da/Di – das Angebot des Landes Hessen zur Kassenkreditentschuldung n i c h t anzunehmen und rückgängig zu machen.

2. Eine mögliche Eigenentschuldung (vgl. Haushalt 2018 Pkt- 7 „ Fazit und Schlussbemerkung – mittelfristige Finanzplanung S.755) ist der Kassenkreditentschuldung vorzuziehen.

3. Der Kreisausschuss wird beauftragt,in Verhandlungen mit dem HDMT darauf hinzuwirken, dass die bereits beschlossene Kassenkreditentschuldung Hessenkasse rückgängig gemacht wird.

4. Eine Rückgängigmachung des Beschlusses 1381-2018 aus April 2018 wird in Verhandlungen mit dem HDMT schnellstmöglich – nach den gesetzlichen Vorgaben – 2019 oder später umgesetzt.

Begründung:

Die Hessenkasse führt zu einer n sozialen Rückentwicklung im Landkreis Darmstadt Dieburg. Der Landkreis wird die nächsten 8 Jahre zu einem „verschärfenden Konsolidisierungskurs durch die Rückzahlungsmodalität der Hessenkasse gezwungen. Dies liegt nicht im Interesse der Mehrheit der Bürger und der Beschäftigten der Kreisverwaltung. Die Hessenkasse engt den Spielraum für zukünftige dringend benötigte höhere Sozialaufwendungen im Landkreis Darmstadt Dieburg ein. Deswegen ist die Hessenkasse rückgängig zu machen. Der Landrat hat bei der Einbringung des Haushaltes 2019 keine Antwort präsentiert wie die drohenden Defizite die nächsten 8 Jahre beseitigt werden können. Es drohen – nach Ablehnung bei längerer Tilgunsphasen bei niedrigeren Raten Abbau von Leistungen. Dies war bei der Zusage zu der Hessenkasse mit der Entscheidung 1381-2018 in dieser Form nicht bekannt. Somit ist die Zusage zur Kassenkreditentschuldung Hessenkasse im April 2018 unter falschen Voraussetzungen geschehen. ES ist Aufgabe des Kreistages Darmstadt-Dieburg Schaden von den Bürgern abzuwenden. Und der droht realistisch die nächsten 8 Jahre durch die Hessenkasse. Weitere
Erläuterungen erfolgen in den Ausschüssen bzw. im Kreistag.